

Oekologie

1. Alle relevanten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass mit den aktuell in Deutschland beschlossenen Maßnahmen die Ziele des Pariser Klima-Abkommens weit verfehlt werden. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Umsetzung der Pariser Ziele – auf Bundes- und Hamburger Ebene - vor? Sollte Deutschland bei den CO₂-Preisen vorangehen, wenn sich kurzfristig keine Einigung auf europäischer Ebene erzielen lässt?

Wir wollen den Klimaschutz durch ein nationales Klimaschutzgesetz verbindlich machen. Darin legen wir konkrete Zwischenschritte fest um unsere nationalen Emissionen bis 2050 um mindestens 95% zu reduzieren damit wir, wie in Paris vereinbart, ein netto Null der Treibhausgasemissionen erreichen. Wir wollen die 20 schmutzigsten Kraftwerke unverzüglich stilllegen und den Kohleausstieg im Strombereich bis 2030 umsetzen. Darüber hinaus wollen wir die Begrenzung des Ausbaus von Ökostrom streichen und die Ausschreibungsmengen und Ausbauziele so anheben, dass bis 2030 eine Stromversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Energien erreicht wird. Ab 2030 wollen wir zudem nur noch Autos mit abgasfreiem Antrieb neu zulassen und den europäischen Emissionshandel wirksam reformieren. Auch ohne eine EU weite Regelung wollen wir möglichst gemeinsam mit anderen europäischen Staaten einen CO₂-Mindestpreis einführen. Zusätzlich wollen wir alle Gesetzentwürfe auf ihre Klimaauswirkungen und Vereinbarkeit mit den Klimaschutzziele prüfen.

2. In welchem Zeitrahmen sollte Deutschland aus der Kohleverstromung ausscheiden? Was bedeutet das für das Kraftwerk Moorburg?

Wir wollen den Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 in Deutschland umsetzen. Dazu sollen – um das international zugesagte deutsche Klimaziel für das Jahr 2020 überhaupt noch schaffen zu können - unverzüglich 20 besonders schmutzige Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden. Für die verbleibenden Kohlekraftwerke, also auch für das Kraftwerk Moorburg, wird im zweiten Schritt der maximale CO₂-Ausstoß analog zu den Klimazielen gedeckelt. Wir werden so den Kohleausstieg im Einklang zu unseren Zielen 100 Prozent erneuerbare Energien im Stromsektor bis 2030 planungssicher für alle Beteiligten gestalten.

3. Ein Hauptgrund für die zunehmende Überschreitung der „Planetaren Grenzen“ ist die Missachtung des Verursacherprinzips, d. h., die fehlende Internalisierung externer Kosten, insbesondere bei fossilen Energien und in der Landwirtschaft. Welche Verbesserungen planen Sie in diesen Bereichen? In welchen Zeiträumen?

Für die Internalisierung externer Kosten wollen wir die ökologische Finanzreform weiterentwickeln und fortführen. Im Zentrum steht dabei der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen in Höhe von derzeit über 50 Mrd. Euro. Dabei gilt es, in einem ersten Schritt die umweltschädlichsten beziehungsweise die am einfachsten zu kappenden Subventionen in Höhe von wenigstens zwölf Milliarden Euro einzusparen. Dieses Geld wollen wir in den Klimaschutz investieren und dabei gerade ärmere Haushalte bei Investitionen zum Energie- und Ressourcensparen unterstützen. Durch eine ökologische Steuerreform wollen wir nicht mehr umweltschädliche, sondern stärker ökologisch nachhaltige Produktionsprozesse, Erzeugnisse und Dienstleistungen begünstigen.

Soziales

4. Durch die „Industrialisierung 4.0“ wird von vielen Seiten ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen vorausgesagt? Wie wollen Sie darauf reagieren? Welche Auswirkungen betreffen Hamburg?

WIRD VON HAMBURG BEANTWORTET

5. Die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung, der große Niedriglohnsektor in Deutschland, die teilweise sehr geringe Besteuerung der Gewinne internationaler Konzerne wird von vielen Leuten als ungerecht empfunden. Die ungleiche Entwicklung gilt für Hamburg in besonderem Maße. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Verringerung dieser Ungerechtigkeiten vor?

Auch um der Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung entgegenzuwirken setzen wir uns ein für ein gerechtes Steuersystem und zielgenaue Unterstützung, vor allem für Familien und wollen prekäre Beschäftigung stark eindämmen. Geringe und mittlere Einkommen entlasten wir über eine Anpassung des Grundfreibetrags, finanziert durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für Single-Einkommen ab 100.000 Euro. Mit unserem Familienbudget in Höhe von 12 Milliarden Euro wollen wir Grüne Kinderarmut gezielt bekämpfen und Familien deutlich entlasten. Von den Reichsten in unserer Gesellschaft erwarten wir dagegen, dass sie etwas mehr als bisher zum Gemeinwohl beitragen, z.B. um unsere Infrastruktur zu erhalten und marode Schulen zu renovieren. Wir wollen deshalb eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögensteuer für Superreiche. Selbstverständlich legen wir dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Innovationskraft von Unternehmen.

Wir sagen der Steuervermeidung durch internationale Konzerne den Kampf an. Die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden davon profitieren, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten. Auf der anderen Seite wollen wir, dass weniger Beschäftigte zu Niedriglöhnen arbeiten müssen. Deshalb erhöhen wir die Tarifbindung, indem Tarifverträge leichter für allgemein verbindlich erklärt werden können. Prekäre Beschäftigungsformen wie Befristung, Leiharbeit und Minijobs, die häufig mit geringen Stundenlöhnen verbunden sind, wollen wir eindämmen und Geringverdiener bei den Sozialabgaben entlasten. Sachgrundlose Befristungen schaffen wir ab. Leiharbeit muss ab dem 1. Tag gleich bezahlt werden.

Ökonomie

6. Das vorrangige Ziel der Politik ist wirtschaftliches Wachstum, gemessen in BIP. Halten Sie BIP-Wachstum für unbegrenzt fortsetzbar oder sehen Sie Grenzen des Wachstums? Falls Sie Grenzen sehen, wie soll die Politik auf diese Grenzen reagieren? Vor dem Hintergrund, dass diverse Finanzierungssysteme bei Rentenversorgung, Gesundheitsleistungen oder öffentliche Investitionen auf dem Prinzip zukünftigen Wachstums aufbauen, braucht es Reformen dieser Finanzierungssysteme?

Das Industriezeitalter hat Wohlstand und Lebensqualität vieler Menschen deutlich verbessert. Doch es zeigt sich immer klarer, dass die rohstoff- und verbrennungsintensive industrielle Wirtschaftsweise unsere Lebensgrundlagen bedroht, unsere Luft verschmutzt und unser Wasser verreckt. Und es gibt immer mehr Menschen, die materielles Wachstum nicht in jedem Fall als Bedingung für ihre Lebenszufriedenheit betrachten. Wir wollen mehr Lebensqualität für alle, ohne dass der Verbrauch materieller Güter immer weiter steigen muss. Dies gelingt zum Beispiel durch soziale Innovationen, wie in manchen Bereichen der Share Economy. So teilen wir uns heute die Nutzung von Autos, statt sie zu besitzen. Zusammen mit der Anwendung neuer Technologien führen sie zu einer wirksamen und sparsamen Nutzung unserer natürlichen Ressourcen. Nur mit Kreativität und Erfindergeist wird es uns gelingen, anders und besser zu wirtschaften und das Wachstum von Ressourcenverbrauch und Emissionen abzukoppeln. Gleichzeitig müssen auch unsere sozialen Sicherungssysteme unabhängiger vom Wachstum werden. Deshalb wollen wir z.B. die Sozialversicherungen schrittweise zu Bürgerversicherungen weiterentwickeln, in die alle einzahlen.

7. Das BIP misst über den Markt vermittelte Wirtschaftsleistung, aber nicht die Wohlfahrt der Menschen? Sollte das BIP durch andere Indikatoren ersetzt oder ergänzt werden? Falls ja, durch welche? Was halten Sie vom Hamburger Wohlfahrts-Index?

Das BIP zeigt nur die halbe Wahrheit. Als neue Wirtschaftsberichterstattung legen wir deshalb schon seit 2 Jahren zeitgleich mit dem Jahreswirtschaftsbericht einen Jahreswohlstandsbericht vor, der neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen misst, etwa über den ökologischen Fußabdruck, die Einkommensverteilung, die Artenvielfalt und einen Bildungsindex. Ebenfalls enthalten ist ein nationaler Wohlfahrtsindex, der ähnlich wie der Hamburger Wohlfahrtsindex aufgebaut ist. Der Jahreswohlstandsbericht soll Fortschritte des ökologisch-sozialen Wandels, aber auch Fehlentwicklungen und Handlungserfordernisse sichtbar machen.

8. Die Finanzkrise 2008 ist durch Spekulationen in der Finanzsphäre ausgelöst worden. Ist aus Ihrer Sicht genug unternommen worden, um für die Zukunft derartige Finanzkrisen zu verhindern und ein Überspringen von Crashes in der Finanzwirtschaft auf die Realwirtschaft zu unterbinden? Falls nein, was möchten Sie unternehmen?

Das Ausmaß der seit 2008 getroffenen Regulierungsmaßnahmen im Finanzsektor ist enorm. Derzeit gibt es mehr als 34.000 Seiten an Regulierungsvorschriften. Wir müssen heute jedoch feststellen, dass der Versuch, Komplexität mit Komplexität zu bekämpfen, fehlgeschlagen ist. Deshalb fordern wir in unserem Wahlprogramm auch einfachere, aber härtere Regeln für Banken. So setzen wir uns für eine harte, ungewichtete Eigenkapitalquote der Banken von zehn Prozent ein, die schrittweise eingeführt werden soll. Dies ist für viele Sparkassen und Genossenschaftsbanken keine große Herausforderung, aber für einige Spezialinstitute und für die Großbanken schon.

Darüber hinaus bedarf es endlich der Eindämmung von rein spekulativen Transaktionen am Finanzmarkt ohne volkswirtschaftlichen Nutzen. Wir wollen daher eine Finanztransaktionssteuer einführen. Indem sie bestimmte spekulative Geschäfte unattraktiv macht, stabilisiert die Finanztransaktionssteuer nicht nur die Finanzmärkte und hilft, künftige Krisen zu verhindern. Vielmehr werden Finanzumsätze endlich, wie die Umsätze anderer Branchen auch, an der Finanzierung öffentliche Aufgaben beteiligt.

Schließlich müssen Banken wirklich abwickelbar werden, ohne dass der Steuerzahler haftet. Dazu bedarf es einerseits der Einführung eines echten Trennbankenmodells, so dass das Einlagengeschäft vom krisenanfälligen Handelsgeschäft getrennt wird. Andererseits müssen rechtliche Hürden beseitigt werden, damit im Fall der Krise einer Bank die Gläubiger auch tatsächlich einen Beitrag zur Rettung der Bank leisten.

9. Deutschland hat einen ökologischen Fußabdruck, der – verallgemeinert – „drei Erden“ entspricht; Hamburg verbraucht sogar noch mehr. Die von der Politik propagierte Lösung für zukünftiges Wachstum bei Einhaltung der planetaren Grenzen ist die Erhöhung der Energie- und Ressourcen-Effizienz. Jede Effizienz-Erhöhung wird jedoch begleitet von Rebound-Effekten, die sie zumindest teilweise wieder aufheben. Sollte Politik die Suffizienz, d.h., die Verringerung der persönlichen Ansprüche an ressourcenintensive Waren und Dienstleistungen, ins Kalkül ziehen? Falls ja, wie könnte das angegangen werden?

Ja, eine steigende Lebensqualität für alle sollte Hand in Hand mit einem insgesamt geringeren Ressourcenverbrauch gehen. Unser Ziel ist dabei die „doppelte Entkopplung“, d.h. wir wollen einerseits das Wachstum so weit wie möglich unabhängig vom Ressourcenverbrauch machen und andererseits Lebensqualität unabhängig von Wachstumszwängen machen. Das wollen wir durch die Kombination von technischen und sozialen Innovationen erreichen. Im Mittelpunkt steht dabei die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Das heißt u.a.: Kohleausstieg und 100 Prozent erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030; konsequenter Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen sowie der Aufbau einer echten Kreislaufwirtschaft, die Abfälle als Rohstoff nutzt und so Umwelt- und Ressourcen schützt.

Nachhaltigkeit

10. In Zukunft wird es zu immer größeren Zielkonflikten zwischen Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und Einhaltung der planetaren Grenzen sowie den Nachhaltigkeitszielen der UN (SDG) – mit dem SDG-Leitmotiv „Leave no one behind“ - auf der anderen Seite kommen. Wie sollen diese Zielkonflikte aufgelöst werden?

Wir haben uns frühzeitig für die Weiterentwicklung der Millenniumsziele stark gemacht. Auch weil wir überzeugt davon sind, dass nur eine Wirtschaft, die die planetaren Grenzen respektiert und innerhalb dieser Grenzen wirtschaftet, dauerhaft erfolgreich sein kann. Denn Nachhaltigkeit bedeutet für uns, die natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen in derselben Qualität zu erhalten und nicht auf deren Kosten in der Gegenwart zu leben. Deshalb sind die SDGs und das Klima-Abkommen von Paris neben dem Menschenrechtskanon der leitende Handlungsrahmen grüner Politik. Daran müssen sich alle Politikfelder orientieren, denn alle stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Dazu wollen wir auch Institutionen wie den parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung aufwerten und eine Prüfung zur Kompatibilität des Regierungshandelns mit den UN-Nachhaltigkeitszielen einführen.

Wir wollen konkrete Umsetzungspläne und eine regelmäßige Überprüfung der Nachhaltigkeitsziele von jedem einzelnen Bundesministerium. In dem Zusammenhang haben wir 17 Anträge zu jedem einzelnen Ziel in den Bundestag eingebracht (siehe <http://gipfeljahr.gruene-bundestag.de/nachhaltigkeitsziele>). Darin beschreiben wir an Hand einzelner Beispiele, wie die 17 Ziele zu erreichen sind und was wir in Deutschland konkret dazu beitragen können. Gleichzeitig braucht es eine ambitionierte Nachbesserung der deutschen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategie.

11. Teilen Sie die Forderung der UN-Agenda 2030 von 2015 und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung WBGU, dass es einer grundlegenden „sozial-ökologischen Transformation“ von Wirtschaft und Gesellschaft bedarf, um die Welt zukunftsfähig zu machen?

Ja, das teilen wir. Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ist die existentielle Aufgabe unserer Zeit. Wir haben uns auch deshalb die letzten Jahre sehr intensiv mit der Frage der ökologisch-sozialen Transformation auseinandergesetzt und an Hand ausgewählter Branchen bereits konkrete Visionen und politische Handlungsempfehlungen erarbeitet:

https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/wirtschaft/PDF/Gruene-Transformation-Endbericht.pdf

Ein Wettbewerb um die besten Lösungen zur Erhalt der Umwelt und zur Bekämpfung des Klimawandels spornt uns an, neue und bessere Technologien zu entwickeln. So können wir zum Beispiel teure Energieimporte (gerade auch aus autokratisch regierten Staaten) einsparen und Konflikte um Rohstoffe verhindern. Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Wir wollen, dass Deutschland dabei vorne mitspielt.

12. Es gibt Kritik an der repräsentativen Demokratie. Zum einen könnten die Parlamente mit unzureichender Kontrolle über ihre „eigenen“ Angelegenheiten (z. B. Diäten, Altersversorgung, Korruptions-vermeidung, Karenzzeiten) selbst entscheiden. Zum anderen würden die großen und langfristigen Zukunftsaufgaben einer nachhaltigen Entwicklung nicht adäquat behandelt. Teilen Sie diese Kritik? Falls ja, welche Verbesserungen schlagen Sie vor?

Wir stehen zur repräsentativen Demokratie. Im Bundestag schlägt das Herz unserer Demokratie. Doch das Parlament hat kein Demokratiemonopol. Die Bürgerinnen und Bürger fordern völlig zu Recht mehr Beteiligung und Mitsprache.

Wir wollen deshalb auf allen Ebenen mehr Demokratie ermöglichen und setzen uns auch auf Bundesebene für die Trias aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid ein. Doch auch der Bundestag braucht Reformen: seine Arbeit muss transparenter werden, schon der bloße Anschein der Selbstbedienung und der Möglichkeit von Korrumpierung muss vermieden werden.

Wir wollen ein verbindliches Lobbyregister und einen legislativen Fußabdruck, damit erkennbar wird, wer wann an einem Gesetz gearbeitet hat. Zudem fordern wir die Herabsetzung der Veröffentlichungsgrenzen für Parteispenden, die Verlängerung der Karenzzeiten für ausscheidende

Regierungsmitglieder, die Einführung des Grundsatzes der Ausschussöffentlichkeit im Bundestag und die Beteiligungspflicht der Kabinettsmitglieder für Regierungsbefragungen.
Wir fordern ferner konkrete Umsetzungspläne und eine regelmäßige Überprüfung der Nachhaltigkeitsziele von jedem einzelnen Bundesministerium. Gleichzeitig braucht es eine ambitionierte Nachbesserung der deutschen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategie.

13. Die Hamburger Zivilgesellschaft hat sich bereits mehrfach zur Umsetzung der o.g. SDGs zu Wort gemeldet – so z.B. der Zukunftsrat Hamburg 2016 mit dem Papier „Hamburg und die Nachhaltigkeitsziele der UN von 2015“ sowie der zivilgesellschaftliche „Ratschlag“, in dem die großen Nichtregierungsorganisationen 2017 Forderungen an den Senat formuliert haben. Sind diese konkreten Forderungen des Ratschlags der Hamburger NGOs in Ihr Programm übernommen worden?

WIRD VON HAMBURG BEANTWORTET